

h-
o-
al
an
en und
abteilung
verkauft
bis 31.
leben.
er.
ager
CK
48

h-
o-
seit
viele
zu den
maritimus
seit
60
50
50
Tafel
zu an-
tr. 48.

III:
längen,
35
am-
ämpfe,
oden,
empfiehlt
ner,
sse 19.

che
45. an.
instischen
1. an.

-, mit u.
dfisch-
, Tu-
Gold-
ende
0. an.
nen heis-
Vater die
ndlung
ann,

10.

ast
at emp-
uer,
5.

selbst
oder eine-
hinterm
ülligem

D. C.

obile!
er selbst
reit, ein-
ten, oder
lissen des
er Erfin-
treten,
treibende
bediegen
er, nimmt
enburger
1. Pomm.

100, 115
te zu 20,
lichen D.
8, 2

U
te, Cu-
so wie
Brüder,
10, III

Bondon, 6. Mai
Im Unterhause antwortete Bourke, daß Mont Waddington Vorhaben in der griechischen Frage angenommen wurden. Die Details seien noch Gegenstand der Unterhandlungen, mithin eine Mitteilung der Korrespondenz unzulässig.

Bondon, 6. Mai
Reuter's Bureau meldet aus Kapstadt vom 22. v. M.: Die Vorbereitungen zum Einmarsch in das Kalahari haben begonnen. Der Marschroute rücken auf Dornberga vor. Der Einmarsch derselbe dauerte in etwa 14 Tagen erstanden.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredakteur: Dr. Emil Bierrey. Druck und Eigentum der Herausgeber: Berthold Sculli; Ludwig Hartmann. Lipsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redakteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Koppert & Co.,
Bankgeschäft,
Schlossstr. 14, gegenüber d. Sporng.

An- u. Verkauf aller Staatspapiere, Pfandbriefe, Aktien etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltl. Controle der Verlosung aller Wertpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. Domiciliste für Wechsel.

Friedrich Richter,
Altmarkt 5.

Lager seltener Bänder, Tüte, Sitzzeile, Schleier, Damenkrage, Manschetten, Rüschen, Fichas, Schleifen, Cravatten, Morgenhauben, Barbén, Crêpes, Gazon. Billige Preise.

Gr. 127. 24. Jährg. 1879.

Witterungsaussichten: Meist wolkig, kühler, stellenweise Niederschläge.

Politisches.

Eine kurze Erklärung des preußischen Finanzministers Hobrecht und eine zweitländige Rede des Abg. Richter-Hagen sind die Hauptergebnisse des dritten Tages der Zolltarifdebatte im Reichstag. Gestern bereits wurde an dieser Stelle erwähnt, wie sich Herr Hobrecht in einem auffälligen Widerspruch zu dem weitaußschreitenden Steuerplan des Fürsten Bismarck gezeigt habe. Seine Worte haben im Reichstag noch viel entschuldigender gelungen, als sie die ersten Zeitungsberichte wiedergaben. Hobrecht hatte die Bismarckschen Steuerpläne als „Sulamitmusik“ ironisiert. Das hat natürlich stark verschämt. Als nun Richter bemerkte, daß, wenn es bloss darauf ankomme, dem Volke allerhand unerfüllbare Versprechungen zu verheißen, er, Richter, noch eine viel schönere Sulamitmusik machen könnte, da erhob sich Hobrecht natürlich zur Abwehr — so hätte er, Hobrecht, die Worte Bismarck's nicht aufgefischt und wiedergegeben. Kann wohl sein. Was aber wichtiger, als diese persönliche Plauderarie ist, das ist die sofort hinzugefügten Erklärung Hobrech's, daß der Ertrag aus dem jetzt in Aussicht genommenen Steuererhöhungen das Allermindeste sei, wenn man in Preußen nur halbwegs eine mögliche Steuerreform durchführen wolle. Also 167 Mill. Mark mehr Steuern auf den Verbrauchsabgaben sind nötig, um den sich noch in nächster Grenzen haltenden Hobrech'schen Steuerreformplan in Preußen durchzuführen, d. h. das Deficit des ersten deutschen Staates zu bedenken. Wie viel weitere Millionen, eine um wie viel höhere Besteuerung der Verbrauchsartikel wird erst nötig sein, wenn Fürst Bismarck über seinen Collegen Hobrecht triumphiert und, über dessen Programm hinausgehend, die direkten Steuern in Preußen bis auf einige Reste aufheben und den Haushaltssubstanz Preußens in der Hauptsache auf die Steuern von Bezeichnungsgegenständen begründen wird? Nach der oberflächlichen Schätzung Hobrech's muß man die jetzt verlangten 167 Mill. neue Steuern dann auf 300 steigern und dann ist erst Preußen allein das gelebte Land, wo es nur einige wenige tausend Menschen gibt, die eine direkte Staatssteuer zahlen. Was aber dem Preußen recht ist, wird doch auch dem Balen, Schwaben, Sachsen und Thüringen billig sein; wogegen sollen diese den verschuldeten Rittergutsbesitzern in Bremen und Pommern ein Präsent in dem Grundsteuererlass machen? Alljahr große Verschiedenheiten in der Besteuerungsort und der Steuerhöhe machen sich überhaupt nicht gut in einem gemeinsamen Staatsvertrag wie das Reich. Um eine annähernde Steuerähnlichkeit herbeizuführen, wird man die 300 Mill. auf 400 bringen, also um neue 100 Mill. die indirekten Steuern erhöhen müssen. Wohin führt das schließlich? Es gilt darum, bei Zeiten Einheit thun, von Anfang an Einspruch gegen diese Steuerbegünstigungspläne zu erheben.

Einer rationalen Steuerreform widersteht sich ja Niemand. Eine mögliche Erhöhung des Tabaksteuers halten selbst die Tabakindustriellen für unbedenklich. Zucker und Spiritus eignen sich ganz vorzüglich zu einer höheren Besteuerung, die viele Millionen einbrächte und sich deshalb empfiehlt, weil sie nicht die Konsumtenten, sondern die meist sehr wohlhabenden Produzenten bezahlen würden. Man brauchte nur, worauf die Technik längst hindeutet, verbesserte Messinstrumente und eine rationellere Besteuerungsart einzuführen. Über derselbe Steuerstatus, der beständig umhergeht, suchend, welchen Massenkonsumartikel er verschlingt, drückt sich blind an den 2000 bis 3000 großen Kartoffelbrennern im deutschen Osten und den steirischen Zuckerlords in der Provinz Sachsen und Anhalt vorüber. Eine Egleicherung der überbürdeten Landwirtschaft liegt im allgemeinen Staatsinteresse, aber sind die 81.000 deutschen Tabakspflanzer, die künftig keinen Tabak mehr bauen dürfen, nicht auch Landwirthe, die man schonen soll?

Die Rede des Abg. Richter-Hagen fesselte den Reichstag während ihrer zweistündigen Dauer vollständig. Richter hatte seinen guten Tag. Er sprach eine große Anzahl unlesbarer, wenn auch unbekannter Wahrheiten aus. Schade, daß dieser vor treffliche Theil seiner Rede durch den anderen so entstellt wurde, in welchem der frische Manchesterstandpunkt, die radikale, länderverwüstende Freihandelstheorie zum vollen Ausdruck gelangte. Schade, ewig schade! Richter schwärmt dafür, Deutschland zum Handelsstaat zu machen. Selbst soll es nichts, oder nur wenig produzieren; höchstens das Überbleibsel der nach Deutschland eingeführten Rohprodukte und Halbfabrikate weist Richter als Aufgabe der deutschen Industrie zu. „Läßt sie Betteln gehen, wenn sie hungrig sind“ — das ist ein trauriger Jurus an die durch die Concurrenz des Auslands brodlos gemachten deutschen Arbeiter, an die ihre Kapitalisten allmählig zugehörende Industriellen. Nach mörderischen Kriegen tritt naturgemäß eine Schuhzollbewegung ein; jeder Staat muß seine Industrie zur höchsten Blüthe zu bringen suchen, um die Binsen seiner Schuldenlast zu bezahlen. So ging Nordamerika nach dem Bürgerkrieg vom Freihandel zum Schuhzolle über und brachte seinen Gewerbesteuer durch Schuhzölle auf eine Höhe, daß es nicht nur seine Binsen regelmäßig zahlte, sondern die Schuldsapitalien abschaffte. So soll es auch Deutschland machen und es bedarf dann des gewaltigen Verbrauchssteuererhöhung schlechterdings nicht. Dann kommen wir wieder zu dem Wohlstand, den Deutschland seit 1815 in 50 langen Friedensjahren sich erwarb, in denen es bei niedrigen Verbrauchs- und geringen direkten Steuern die wirtschaftliche Tugend des Sparens erhalten konnte, weil es in dem Besitz einer genügenden Menge von Circulationsmitteln war, weil es mit Eisern und mit Gedacht die großen Erfindungen und technischen Fortschritte des Jahrhunderts sich zu Nutzen mache. Durch die Einheit ist Deutschland zur politischen Macht, nicht aber zu wirtschaftlichem Wohlstand gelangt und jene Macht hat eine der Hauptquellen der fortwährenden wirtschaftlichen Entwicklung zum Theile wenigstens verschütten, weil nun der Staat mit immer steigenden und mit immer größeren Ansprüchen an die Bevölkerung herangetreten ist.

Allmählig richten sich die neuen Verhältnisse in Bulgarien und Ostromelien ein. Die Türkei hat nachgegeben und verzichtet auf die Befreiung der Balkanpässe; der zum Fürsten avancierte pötsamer Generalleutnant Alexander I. findet hierdurch ein wesentliches Hindernis, das seine allgemeinen Bulgaren holtete, beseitigt. Die deutschen Leutnants haben Glück im Orient! Auch die Sorge, daß die Civilliste der neuen „Hoheit“ zu knapp bemessen sei, wird sich wohl beseitigen lassen. Den Bulgaren, die in Ostromelien leben, reibt, wie es heißt, Russland dauerlich zu, Frieden mit ihren muslimischen Nachbarn zu halten. Das wäre recht hübsch, vorläufig steht die Thatfrage fest, daß die Russen über den in Berliner Verträge festgesetzten Termin des 5. Mai hinaus in Ostromelien ihre Truppen stehen lassen. Das sagt deutlich genug, daß Russland nicht im Ernst daran denkt, auch nur vorläufig seine Angrißspolitik im Orient zu sistiren und sich wieder aus der unbefugten Rolle eines europäischen Mandators und eigenmächtigen Völkerbefreiers auf den Boden des internationalen Vertragsrechts zu begeben. Russland behält sich die Wahl des aktiven Eingreifens jederzeit offen, es trifft Vorarbeiten für den leichten entscheidenden Stoß gegen die Türkei. Vor kurzem beantragte im englischen Parlamente der Abg. Peel, die englische Regierung solle die russischen Vorstellungen machen über das barbarische Regiment, das sie gegen ihre eigenen Untertanen ausübe. Das englische Kabinett lehnte dies als aussichtslos ab. Eine Einmischung in seine inneren Verhältnisse läßt sich eben kein Volk gefallen und England würde es curios aufnehmen, wenn ihm z. B. Belgien über die Knechtung Islands Vorstellungen mache. Aber daß Russland sich in die europäischen Verhältnisse fortwährend mischt, ganz gegen die Beschlüsse der europäischen Großmächte seine Truppen vertragshüdig in Ostromelien stehen läßt, daß Europa den russischen Ansprüchen fortwährend neue Concessions macht, das ist doch seltsam.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Berlin, 6. Mai. Die Geschäftsortordnungskommission des

Reichstages beschloß heute, die nachgeführte Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Hasselmann, wegen Zuüberhandlung gegen das Sozialstengesetz, zu beantragen.

Berlin, 6. Mai. Reichstag. Fortsetzung der Zolltarifdebatte. Der katholische Bundeskommissar Mayer betont sich gegen die rein negative Haltung des Abg. Richter, betont, es fehle der Nachweis, wie die Regierung ohne Steuerreform die Leistungsfähigkeit solfern und polemisirt mit dem Abg. Oedelhauer. Kampfbücher seien notwendig. Sollten wir denn zur vollständigen Thunhaft verurteilt sein? Die Exportindustrie werde durch Zölle gar nicht oder nur wenig geschädigt. Abg. Dr. Löwe (Dresden) nimmt vornehmlich aus politischen Gründen die Vorlage. Das Reich müsse seine Gunstnaden unbedingt vermehren, um die Einzelstaaten und Kommunen zu entlasten. Es sei sehr unbedingt Anhänger der indirekten Steuern, aber man sei an der Grenze der direkten Steuern angelangt. Richter befürwortet den § 5 (Kampfbücher) unter der Voraussetzung, daß die darin vorgesehenen Strafpässe im Wege der Gesetzgebung angeordnet werden. Abg. Abt. v. Malachowski (Deutsch-konservativ) spricht nicht im Namen seiner politischen Freunde. Er ist für die Finanzsätze, aber gegen Schutzsätze, welche dem Wohle des Landes schädlich sein müßten. Er sei für weitere Verfehlungsentrückungen, im Wege von Handelsverträgen, nicht aber für die Rückkehr zum Schutzzollsystem. Unter der Worte: „Schuh der nationalen Arbeit“ habe sich ein Wettkampf der Industrien um besondere Begünstigung entwickelt. Medney betontet, daß die Landwirtschaft des Reichsgebietes bedürfe. Er sei ein ganz entzückter Kampfbücher der Sterngasse. Abg. v. Barnabäuer führt aus, wie Zolltarife und Landwirtschaft deckt hätten, zu verteidigen, daß der Reichstag ihnen lange gesuchten Wünschen entsprechen möchte. Medney bleibt indessen auf der Journalistenebene fast unverständlich. Abg. Sonnenburg vertritt den Standpunkt Richter's, beleuchtet die Verhältnisse der Baumwollen-Industrie und wendet sich schließlich gegen Meinungsverschiedenheit. Abg. v. Benninghoff: Wir stehen vor einer verantwortlichen Entscheidung. Die mit großer Sorgfalt an und herangestrafft ist. Die beithen Vorlagen geben selbst noch weiter, als das Reichskomitee. Schreiben vom December erwarten ließ. Tropfend gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß die Rechtsfunktion unserer Arbeiter werde mehr hilflos als schädlich für Deutschland. Keines darf man nicht nach drastischen Anstrengungen Gesetze machen wollen; man muß sich nach wechselseitigen praktischen Bedürfnissen der Zeit richten, wenn man gute wirtschaftliche Geister machen will. (Beliebt ist, daß Telegraphen keine Weisheit! Unn. der Ned.) Jetzt ist es zweitlos, daß eine Reihe von Ländern an den Abschluß von Handelsverträgen nicht zu richten ist. Aber haben wir nicht immer noch die durch vorhandene Handelsverträge auf eine gerame Zeit hinaus ganz bedeutende freihändlerische Gewinnzunahme. Anbereits werden jetzt viele Freihändler etwas darum geben, wenn i. S. nicht die Ablösung der Gütingolle erfolgt wäre. Dann hätte die ganze wirtschaftliche Bewegung nie zu der Koalition zwischen Großindustriellen und Akademikern, die wir jetzt haben, führen können. In Frankreich ist man in der letzten Zeit immer noch weiter vorgedrungen in Maßregeln, um sich zu schützen. Geht es uns nicht unsere freihändlerische Richtung nicht. Der jetzt geplante Tarif ist anderthalb so extrem Umlaufung, wie er vielleicht darstellen würde. In der Hauptstadt bleiden die jetzt vorbeschlagene Zollsätze noch weit hinter den Sätzen von 1864 zurück. Die in dem Tarif vorgeschlagene Schuhzölle können ja da, wo wichtige Exportgüter gleichzeitig werden, heruntergezogen werden. Womit soll man denn auch die ganze Gütingolle bezahlen, ohne eine doppelte Exportindustrie? Dies wird allein ihnen zur Vorsicht mahnen. Die Prinzipien Malachowski's wären zur Verfestigung jedes großen Staatsvereins dienlich. Wie würden Kommunen und Örtchen aussiehen, wenn sie allein einen Staat bildeten? Der Staat leidet für diese Probleme lächerlich sehr viele Nachteile, nun können diese auch ein Opfer für den Staat bringen. Die landwirtschaftlichen Zölle im Tarif sind nicht ungemein oder verderbt. Die englischen Kornzölle hätten oft 4 bis 5 Mark pro Centner Weizen betrugen: im Verhältnis dazu ist der Satz von 20 Pfennig pro Centner verhältnisäßig klein, man kann jedoch gar nicht vergleichen. Auch nach Abholzung der Kornzölle habe man die Abgabe von 20 Pf. pro Centner in England beibehalten können bis 1869. Niemand habe das für einen Kornzoll angesehen. Wirtschaftliche Schuhzölle auf Gütern, wichtliche arche Kornzölle einzuführen, würde er aber für

sehr bedenklich halten. Das sei aber auch gar nicht vorgeschlagen. Wollte man der Landwirtschaft wirklich helfen, so könnte man das, ohne andere Interessen zu schädigen, auf anderen Weisen thun, z. B. durch eine gute landwirtschaftliche Statistik, an der es noch mangelt; dadurch werde man einen richtigen Bewertungsmotiv für die Landwirtschaft finden, damit derjenigen dann dauernd geholfen sei. Auch könne vielleicht das Ergebnis der bisherigen Beiträgelegung der Civilrechtssubstitution geändert werden, (Vorw. rechts) etwa nach handwerklichem Muster. Steiner spricht sich ferner für die Einführung des direkten Steuerystems an der hand der Vermehrung der indirekten Steuern. Er weiß aber nicht den Standpunkt des Reichstags, wonach die direkten Steuern fast ganz abgedrückt werden sollen. Nach dem Projekt des Reichstags würden dann nur noch 20.000 Personen in Preußen Einkommensteuer zahlen und für die Gewerbesteuer dann gar kein Platz mehr sein; er sei dafür, dass die Klassesteuer nur mit großer Vorsicht vorzunehmen. Wenn der Reichstag die Steuerreform vornehmen und neue große Summen benötigen, dürfte er dabei sein Gunstnadevertrag nicht mehr einhalten; Garantien für das verfassungsmäßige Recht des Hauses müßten notwendig gefunden werden; es fehlen Voraussetzungen, um die Gewerbesteuer dann gar nicht zu sein. Eine beiderlei Kommission könne die Frage der konstitutionellen Garantien beraten; auch die Tabakvorlage werde er bewilligen, wenn allen schriftlichen Stellen daraus beeinträchtigt werden; die Biersteuervertrag könne leider noch verschoben werden und dürfe nur gelöst werden in Verbindung mit der Brannensteuerertrag. Im Übrigen sei er für eine möglichst schnelle Abreise und hoffe er, daß durch die Beschlüsse des Hauses ein günstiger Boden für die Volkswohlfahrt geschaffen werde. (Vorw. derselbe), Fortsetzung Donnerstag 10 Uhr.

Paris, 6. Mai. Der politische Emigrant und frühere

Gouverneur Garibaldi's, General Turc, riefte an Garibaldi ein Telegramm, worten er ihn davon erinnert, daß Garibaldi unter dem Feldzeichen: „Italien mit Victor Emanuel“ 1860 die Freiwilligen nach Marsala in Sicilien gelobt; er weist auf die Gebundenheit hin, womit sich Victor Emanuel dem Wohlstand gewidmet; der legige König Humbert sei froh geworden in Sümpfen für Italien Einheit. Alle italienische Minister von Favaro bis Bonadelli hatten vollständige Freiheit der Aktion zur Errichtung von patriotischen Zügen. Turc bitte deshalb Garibaldi dringend, den Ungehobelten und Unflüchten das Vorsatz von 1860 zu wiederholen. Er möge ja jeden Versuch neuer Unternehmungen unterlassen, welcher zur Unruhe führen könnte. Garibaldi's ganzes Leben sei der Einheit und Größe Italiens gewidmet gewesen. Er möge den Bruch des Plebisizitvertrages verhindern, welcher das Haus Savoien mit dem Staat Italiens verbunden habe. Das sei der Wunsch, welchen er ihm zum 19. Jahrestag des Feldzugs der tausend Kämpfer von Marsala darübergetragen.

Bern, 6. Mai. Favre, der Unternehmer des Gotthard-Tunnels, sog seine Eintritte gegen die Bauverzögerung und die Wiederaufnahme der Arbeiten zurück. Der Achtungsschluß wird bis Jahresende vollendet, worauf Favre bis zur Eröffnung der Zwischenstationen den Betrieb durch den Gotthard-Tunnel von Götschwil bis Altdorf durch komprimierte Luft einzuführen beabsichtigt.

Locales und Sächsisches.

Se. R. G. Ulrich Georg bezog sich am Montag Abend nach Zittau und beeindruckte das dritte Offizierskino mit seinem Benehmen. Gestern Morgen 6 Uhr nahm Se. R. G. auf dem dortigen Exerzierplatz eine Battalionsselbstprüfung vor und fuhr 10 Uhr 35 Min. von Zittau ab retour nach Dresden.

— G. W. die Königin läßt im Laufe des Sommers in der Nähe des Jagdschlösses Heidefeld eine im Stile dieses Schlösses gebaute Jagdpavillon erbauen. Die in München angelegten Pläne haben bereits die königliche Genehmigung erlangt.

— Am Sonnabend wird die silberne Medaille für langjährige Dienste dem Württembergischen Weiler, welcher vor mehr als 60 Jahren lang auf dem Hüttengute Kropewitz bei Leibnig diente, vom l. Ministerium des Innern überreicht.

— Die geltend in früher Morgenlunde stattgefundenen Verhandlungen des überlieferten Württembergischen Blattes, unterliegen in diesen Tagen verschiedenen Einflüssen, welche den dortigen Exerzierplatz eine Battalionsselbstprüfung vor und führte 10 Uhr 35 Min. von Zittau ab retour nach Dresden.

— G. W. die Königin läßt im Laufe des Sommers in der Nähe des Jagdschlösses Heidefeld eine im Stile dieses Schlösses gebaute Jagdpavillon erbauen. Die in München angelegten Pläne haben bereits die königliche Genehmigung erlangt.

— Am Sonnabend wird die silberne Medaille für langjährige Dienste dem Württembergischen Weiler, welcher vor mehr als 60 Jahren lang auf dem Hüttengute Kropewitz bei Leibnig diente, vom l. Ministerium des Innern überreicht.

— Das silberne Anfangsjahrsblatt, den althistorischen Tag der überlieferten Hochzeit, feierte gestern am 6. Mai ein langjähriges freudiges Fest unter städtischen Schulen, Herr Schul-direktor Robert Reichenbach (2. Bürgermeister). Ein Kreis lieber Freunde, ehemaliger Schüler und Schülerinnen und hochgeachteter Kollegen und Freunde umringte an diesem Ehrentage von früh bis spät glückwunschend und läßtige Geschenke wendete das alte Paar. Reichenbach, welcher vor wenig über zehn Jahren am Altar des Grabes des Vaters geheiligt wurde, zog ein Lieder, in dem Krüppel deprobiert werden; wenn aber auch im Frühling des Lebens, dann ist das Begrabenwerden doch recht traurig!

— Das silberne Anfangsjahrsblatt, den althistorischen

Tag der überlieferten Hochzeit, feierte gestern am 6. Mai ein langjähriges freudiges Fest unter städtischen Schulen, Herr Schul-

direktor Robert Reichenbach (2. Bürgermeister). Ein